Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 295. Montag, 21. Dezember 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Börse und Wirtschaftskrise.

BR. In einem Zeitpunkt, da die Wirtschaftskrise voll zur Auswirkung gelangt, wäre es höchst merkwürdig, wenn aus psychologischen Gründen eine Besserung der Börsenlage festzustellen wäre. Was in den letzten Tagen gerade der Börse ein gewisses Rückgrat verlieh, war die in Aussicht stehende Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten, deren Verwirklichung der deutschen Wirtschaft sehr große Beträge, über die sie bisher nicht verfügen konnte, zuführen mußte. Das Hereinströmen derartig großer Eigenmittel ist viel vorteilhafter, weit mehr als irgend eine noch so langfristige Anleihe, weil auf diese Art die Verschuldung vermieden wird. Die Nachricht von dem bevorstehenden Abkommen hat seit langem wieder einmal eine nachhaltigere Besserung an der Börse mit sich gebracht. Dabei war naturgemäß noch die Tendenz vorhanden, den Begriff der Gesellschaften, die durch die Freigabe von Vermögenswerten neue Werte hereinbekommen oder von alten Schulden frei wurden, möglichst weitherzig auszulegen. Wie gering aber trotz allem das Börsengeschäft während des ganzen letzten Monats gewesen ist, geht daraus hervor, daß bei gleich bleibenden Steuersätzen die Börsenumsatzsteuer während des Monats November nur 1,7 Millionen Reichsmark erbrachte, während sie im Monat Oktober 2,3 Millionen Reichsmark aufgebracht hatte. Daß die festere Börsenstimmung nur auf einzelnen Gebieten hervortrat, lag, abgesehen von den traurigen Verhältnissen, in der die Wirtschaft sich befindet, wohl auch an dem innerpolitischen Spannungszustand, den schließlich jede Regierungskrise mit sich bringt. Wenn auch die Außenpolitik bei der Regierungsneubildung keine Rolle mehr spielt, so bedeutet sie doch für die innere Politik, namentlich für die Wirtschaft, und die Steuerpolitik um so mehr. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise und des Kampfes um die Auslandsmärkte wäre es von sehr großer Bedeutung, wenn die Wirtschaftspolitik nicht einfach nach Parteigrundsätzen und Interessentenwünschen betrieben würde, sondern so elastisch, wie irgend möglich, nach Augenblickserfordernissen geführt würde.

In der Zahl der Konkurse, die von 1148 im Oktober auf 1360 im November gestiegen ist, sowie in dem außerordentlich starken Anwachsen der Erwerbslosenziffer, die sich allein in der letzten Woche in Berlin um den bisher noch nie dagewesenen Prozentsatz von 41 erhöht hat, findet die Wirtschaftskrise nach außen hin ihren erheblichsten Ausdruck. Während Ende Juli die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland nur rund 197 000 betrug, belief sie sich Ende Oktober auf 363 000, innerhalb eines Monats aber bis zum 1. Dezember ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 669 000 gestiegen. Sie hat sich also beinahe verdoppelt und steht um 50 Prozent über der Zahl, die am gleichen Tage des Vorjahres ausgewiesen wurde. Trotzdem sind die Umsätze im Warengeschäft nicht weiter zurückgegangen. Der Ertrag der Umsatzsteuer im November ist sogar um 25 Prozent höher als im September, wenn man denselben Steuersatz zu Grunde legt. Der Monat Oktober kommt für einen Vergleich nicht in Frage, weil in ihm das ganze Bild durch Quartalszahlungen gefälscht wird. Die Tatsache, daß der Warenumsatz im November trotz des Umfangs der Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen ist, berechtigt leider nicht zu irgendwelchem Optimismus. Im Gegenteil: die Tatsache, daß trotz verschlechterter Arbeitslosigkeit der Warenumsatz nicht zurückgeht, ist der beste Beweis, wie wenig heute überhaupt gekauft wird, und wie sehr auch Leute mit Einkäufen zurückhalten, die vielleicht noch in der Lage wären, zu kaufen. Neben der Krise des Warenmarktes beginnt aber auch die Krise auf dem Geldmarkt ihre Wirkung zu zeigen. Beachtlich ist besonders die steigende Abnahme des Wechselportefeuilles der Reichsbank. Auch der Betrag der Wechselsteuer zeigt mit 3,4 Millionen eine starke Abnahme gegen den Oktober, in dem allein die Wechselsteuer 4,6 Millionen Reichsmark brachte. Es sind also im Monat November, selbst wenn man für alle Wechsel die volle dreimonatliche Laufzeit annimmt, etwa für 1,1 Millionen Reichsmark weniger Wechsel ausgestellt worden. Der Rückgang des Wechselumlaufes trifft zusammen mit der Hoffnung, daß durch die Freigabe der deutschen Werte in den Vereinigten Staaten die allgemeinen Zinssätze in absehbarer Zeit eine Ermäßigung erfahren können. Wesentlich hängt damit auch die Steigerung der Goldpfandbriefe bei steigenden Umsätzen zusammen.

Wenn vielleicht auch im gegenwärtigen Moment der Beschluß der Reichsbank, das Kreditkontingent zu lockern, weniger von praktischer Bedeutung ist, so besteht die Wichtigkeit des Beschlusses doch vor allem in dem Weg, der eingeschlagen wird, der eben zu der ursprünglichen Norm zurückführt. So sehr allerdings eine Verbilligung der Zinssätze im Interesse einer Verbilligung der Produktion zu begrüßen ist, muß doch die Frage offen gelassen werden, ob, so lange die deutsche Geldecke so knapp ist wie bisher, eine Ermäßigung der offiziellen Zinsen nicht dadurch schädliche Folgen mit sich bringen kann, daß auf dem wilden Geldmarkt die Zinsforderungen beträchtlich ansteigen, wenn nach dem volkswirtschaftlichen Grundsatz, daß Angebot und Nachfrage den Preis regeln, leider befürchtet werden muß.

Am Grabe der „Gneisenau"-Opfer.

Am 25. Jahrestag des Unterganges der deutschen Fregatte „Gneisenau", in den Gewässern von Malaga hat die dortige deutsche Kolonie auf der Grabstätte der Opfer Kränze niedergelegt. In Ansprachen kam der Dank an die Bewohner der Stadt zum Ausdruck für die freundliche und ritterliche Gesinnung, die sie bei der Strandung des Schiffes bekundeten.

Beschlüsse des Gesamtministeriums.

Arzt in den Ruhestand versetzt.

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 18. Dezember den Entwurf einer Novelle zum allgemeinen Baugesetz beraten und den Entwurf eines Gesetzes über Denkmäler- und Naturschutz angenommen. Ferner ist beschlossen worden, den Staatsbeamten, auf welche die vom Reichstag beschlossene Notstandsmaßnahme keine Anwendung findet, ein Viertel ihrer Bezüge für den Monat Januar am 21. dieses Monats auszahlen zu lassen. Der Rest soll am 4. Jan. gezahlt werden. Endlich hat das Gesamtministerium noch beschlossen, den Bezirksschulrat Arzt vom 1. Januar 1926 ab in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Die Pariser Verhandlungen.

Vorläufiges Protokoll der Wirtschaftsverhandlungen.

* Paris. Die am Dienstag begonnenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben gestern zum **Abschluß eines Protokolls** geführt. Ueber den Verlauf der Verhandlungen ist folgende von der deutschen und der französischen Delegation verabredete **Mitteilung** ausgegeben worden:

Die deutsche und die französische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen haben gestern ein Protokoll unterzeichnet, in dem die Ergebnisse ihrer Arbeiten in den letzten Tagen zusammengefaßt werden. Diese Ergebnisse bestehen vor allem in der **Schaffung einer Basis**, die **nunmehr** für die nächste Phase der Verhandlungen, die am **12. Januar** wieder aufgenommen werden sollen, unverändert bleiben soll, und in der Festsetzung eines Verfahrens **für die Vorbereitung** dieser bevorstehenden Verhandlungen. Es ist bekannt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die bis jetzt die Fortsetzung der Arbeiten verhindert haben, sich vor allen Dingen aus der **automatischen Gewährung eines Minimaltarifs für die deutschen Exportartikel**, sobald das neue französische Zollgesetz angenommen sein wird, und aus den Stabilitätsgarantien des Deutschland zu gewährenden Tarifregimes ergeben. In **zwei Punkten sind Kompromißlösungen** gefunden worden. Deutschland erhält die Sicherheit, daß es an einem bestimmten Datum mit den meistbegünstigten Konkurrenten auf dem französischen Markt gleichgestellt wird, ebenso wie die **wirkliche Abänderung des** französischen Zolltarifs, die seine Exportinteressen verletzen, auszugleichen oder zu zentralisieren. Als Gegenleistung für diese Garantien, die **bisher noch nicht** gegeben waren, hat Deutschland die **Behandlung näher festgelegt**, die Frankreich im Falle eines **gerechten Ausgleiches der** Zugeständnisse und Vorteile sowohl **in Bezug auf die Meistbegünstigung als die für seine Exportartikel gewährten** Zollbindungen genießen soll. Die beiden Delegationen haben andererseits beschlossen, einen Unterschied zwischen dem allgemeinen Vertragstext und den **Tarifabmachungen** des Vertrages zu machen derart, daß eine **eventuelle Kündigung** der Tarifabmachungen nicht die im allgemeinen Vertragstext enthaltenen dauernden Sicherheiten aufhebt.

Die deutsche Handelsdelegation hat gestern abend Paris verlassen.

•

Die Luftfahrtkonferenz.

* Paris. Zwei neue deutsche Sachverständige zur Teilnahme an der Luftfahrtkonferenz sind in Paris eingetroffen. Wie von französischer Seite verlautet, haben die alliierten Sachverständigen beschlossen, deutschen **Luftfahrzeugen das Ueberfliegen des besetzten Rheinlandgebietes zu gestatten.** Andererseits haben sich die alliierten Sachverständigen dahingehend geeinigt, daß die **Kontrolle über das deutsche Luftfahrtwesen** in kürzester Zeit in die Hände des **Völkerbundes** übergehen soll. Weiterhin wurde beschlossen, zu beantragen, daß **französische Flugzeuge** fortan das Recht erhalten, **deutsches Gebiet zu überfliegen.** Die Verhandlungen zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen werden nächste Woche fortgesetzt. Sobald die Besprechungen zu positiven Ergebnissen (?) geführt haben, wird die Botschafterkonferenz zusammentreten, um eine Entscheidung zu fällen. Vorläufig hat sich die Botschafter-Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die deutsche Abordnung rechnet mit keinen Verhandlungsergebnissen vor Weihnachten und wird voraussichtlich Anfang kommender Woche zunächst nach Berlin zurückkehren.

Ein Dementi der Industrie zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

)(Berlin. Der Reichsverband der deutschen Industrie teilt mit: Die Mitteilung, daß einige deutsche Industrielle in Paris u. a. über die Frage der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen **private Besprechungen** aufgenommen haben, hat in den Kreisen der deutschen Industrie lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. **Von diesen Verhandlungen ist der Spitzenorganisation der deutschen Industrie, dem Reichsverband der deutschen Industrie, nichts bekannt.** Die in der Presse als Unterhändler Deutschlands genannten Industriellen stehen mit dem Reichsverband in keinen Beziehungen. In diesem Zusammenhang muß auch betont werden, daß die Führung von Handelsvertragsverhandlungen nach wie vor ausschließlich Aufgabe der Reichsregierung ist. Es wäre unerwünscht, wenn die amtlichen Verhandlungen durch private Besprechungen gestört würden. Was insbesondere die Befassung der Konferenz mit den Fragen der Sachlieferungen anbelangt, so ist auch hierüber der Reichsverband nicht unterrichtet. Die im Reichsverband zusammengeschlossenen Fachverbände und Einzelfirmen dürften kaum geneigt sein, sich der Führung des in der Pariser Meldung genannten Fürstlich Lippe-Detmoldischen Kommerzienrats Fredo Lehrer anzuvertrauen.

Stellung des Handwerks zum Preisabbau.

vdz. Berlin. Der **Ausschuß des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks** hatte sich, wie bereits gemeldet, in seiner Sitzung in Berlin u. a. auch mit der **Stellung des Handwerks zum Preisabbau** beschäftigt. Er gab dabei wiederholt seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, die Maßnahmen der Regierungen zur Bekämpfung der Teuerung nachhaltigst zu unterstützen. Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Teuerung erblickte der Ausschuß in der Wiederherstellung des in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft empfindlich gestörten freien Spiels der Kräfte in allen Zweigen und Gliedern der deutschen Wirtschaft. Der Ausschuß hat daher den Mitgliedskörperschaften des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks empfohlen, alle Maßnahmen zu unterlassen, durch die eine Hemmung der freien Selbstbestimmung des einzelnen Betriebs bei der Preisgestaltung verursacht werden könnte. Diese Stellungnahme des Reichsverbandes hat der Preußische Handelsminister allen Aufsichtsbehörden mitteilen lassen. Er hat die Behörden ersucht, darauf hinzuwirken, daß bis auf weiteres Mindest- und Richtpreise von Innungen nicht mehr aufgestellt und bekanntgemacht sowie auch Ordnungsstrafen neben Preisunterbietungen vorläufig nicht verhängt werden. Dabei hat der Minister der Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Handwerk bereitwillig den Beschluß des Reichsverbandes durchführen und von sich aus alle Hemmungen beseitigen wird, die der freien Selbstbestimmung bei der Preisgestaltung noch entgegenstehen.

Zum Lohnstreit bei der Reichsbahn.

)(Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag der Eisenbahnergewerkschaften einen **Schlichter** bestellt. Hierzu ist **Staatssekretär a. D. Rüdlin** ernannt. Die **Schlichtungsverhandlungen werden am 29. Dezember stattfinden.** Die Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums um einen Termin vor dem Weihnachtsfest waren leider erfolglos, weil Staatssekretär a. D. Rüdlin durch andere dringende Geschäfte an einer früheren Verhandlung verhindert ist und weil die sonstigen in Aussicht genommenen Persönlichkeiten das Schlichteramt aus wichtigen Gründen abgelehnt haben und andere geeignete Schlichter bei der Kürze der Zeit nicht mehr gewonnen werden konnten. Uebrigens hätte auch eine Verhandlung unmittelbar vor Weihnachten voraussichtlich nicht zu einer Beilegung der Streitigkeit vor den Festtagen geführt, weil den Parteien bei der Wichtigkeit der Angelegenheit eine mehrtägige Frist zur Stellungnahme gegenüber einem Schiedsspruch gelassen werden muß.

Die neue Reichsetat.

vdz. Berlin. Der **Reichsrat** nahm, wie wir bereits am Sonnabend kurz berichtet haben, in seiner öffentlichen Vollsitzung am Sonnabend den **Etat für 1926** an. Das Referat für die Ausschüsse erstattete Ministerialdirektor Sachs, der hervorhob, daß eine **Vermehrung von Planstellen sowie eine Höherstufung von solchen grundsätzlich nicht vorgenommen worden sei**, mit Ausnahme des Auswärtigen Amtes und des Reichsversicherungsamtes. **Der Haushalt hält in Einnahme und Ausgabe mit 7,7 Milliarden das Gleichgewicht.**

An **Einnahmen** sind u. a. eingestellt, 4,8 Milliarden aus Besitz- u. Verkehrssteuern, 2350 Millionen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie 1350 Millionen aus der Umsatzsteuer. Die Ueberweisungen für Länder und Gemeinden bleiben mit 2337 Millionen um 149 Millionen gegenüber 1925 zurück. Als Zuschuß der Reichspost sind 20 Millionen eingestellt.

An **Reparationen** sind einschließlich der Beiträge der Reichsbahn im ganzen 1900,3 Millionen im nächsten Jahre zu entrichten.

Der Berichterstatter **mahnte angesichts der Finanzlage zu größter Sparsamkeit. Die Belastung der Wirtschaft mit Steuern und sozialen Lasten vertrage keine weitere Erhöhung**, namentlich dürfe die **Landwirtschaft** nicht weiter belastet werden. Der zurzeit gegangene Weg, die Steuereinnahmen zu senken und daneben beträchtliche Mehrausgaben zu beschließen, ohne Deckung dafür zu beschaffen, sei sicherlich nicht der richtige. Die bittere Not werde dazu führen, im Reichshaushalt, wo jetzt noch unter Nachwirkung der Inflationsbegriffe mit leichter Hand Millionen ausgegeben würden, wie früher sorgsam nach Tausenden zu rechnen.

Im einzelnen ist zu erwähnen, daß in den Etat für das Auswärtige Amt u. a. fünfzehn neue Konsulate eingestellt sind. In dem **Etat des Arbeitsministeriums** sind als Reichszuschüsse zu den Invalidenrenten 192,7 Millionen, also 78,2 Millionen mehr als 1925 eingestellt. Der Haushalt des Wehrministeriums zeigt einen Mehrbedarf von 63,4 Millionen für das Heer und 47,3 Millionen für die Marine.

Die **Pensionslasten** einschließlich der **Versorgungsausgaben** betragen rund anderthalb Milliarden. Für Bauten der Reichsfinanzverwaltung werden 15,9 Millionen gefordert. Hervorzuheben ist, daß der Reichsrat entgegen der Regierungsvorlage den Etatstitel für den Sparkommissar und sein Büro wieder eingestellt hat.